

«Massives Sicherheitsproblem», «falsch verstandene Toleranz»

RICCARDA CAMPPELL

Von den nordafrikanischen Asylsuchenden sind 80,5 Prozent in der Schweiz 2024 mindestens einmal als Beschuldigte in einem Strafverfahren erfasst worden. Das zeigt erstmals eine interne Auswertung des Staatssekretariats für Migration

(SEM), die Blick gestützt aufs Öffentlichkeitsgesetz vorliegt. Ein Ausmass, das auch die Politik auf den Plan ruft.

Die befragten Politikerinnen und Politiker zeigen sich zwar nicht grundsätzlich überrascht. **Schockiert sind sie über das Ausmass aber sehr wohl.** FDP-Ständerat Damian Müller (41) findet deutliche Worte: «Bei

einer Beschuldigtenquote von 80,5 Prozent kann niemand mehr von Einzelfällen sprechen. Das ist ein massives Sicherheitsproblem.»

GLP-Ständerätin Tiana Moser (47) sieht dahinter ein System: **«Viele Männer aus dem Maghreb kommen hierher, um das Rechtssystem auszunutzen»**, sagt sie. Sie wüssten, dass

ihnen bei Straftaten nur eine kurze Haft drohe. Das sei auch frustrierend für die Einsatzkräfte: «Sie nehmen die Leute auf und haben vielleicht eine Woche später wieder dieselben.» Das untergrabe die Glaubwürdigkeit des Rechts- und Asylsystems.

Auch Mitte-Nationalrat Nicolò Paganini (60) warnt vor den Folgen – nicht nur für die Ressourcen, sondern auch für die Akzeptanz des Asylsystems. **«Am Stammtisch heisst es dann schnell: Die sind ja alle kriminell, und die Regierung hat sie nicht im Griff.»** Darunter litten letztlich auch jene, die tatsächlich Schutz suchen.

Das Problem liege auch bei den fehlenden Anreizen, sich an die Regeln zu halten. «Viele Asylsuchende aus dem Maghreb haben nichts zu verlieren und sind deshalb kaum sanktionsempfindlich», sagt Paganini. Anders als etwa Flüchtlinge aus Afghanistan oder Syrien hätten sie kaum Aussicht auf Asyl. Viele kämen mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und würden kriminell, wenn sich diese Erwartung nicht erfüllt.

Auch SVP-Nationalrat Pascal Schmid (49) hält die Zahlen für alarmierend. In seiner Zeit als Richter habe er viele Opfer gesehen. **«Es geht zwar teils um kleinere Delikte, aber genauso oft um Einbrüche, Raubüberfälle, schwere Gewalt und Vergewaltigungen.»** Das sei alles «total inakzeptabel». Es brauche mehr Sicherheit für die Schweizer Bevölkerung. Einen Zusam-

menhang mit der Herkunft sieht Schmid ebenfalls: Die «kulturelle Prägung» in den Herkunftsländern führe offensichtlich zu diesem «erschreckenden» Ergebnis.

Moser fordert klare Konsequenzen: **«Wir wollen denen Schutz geben, die Schutz brauchen. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss das Land wieder verlassen.»** Für «falsch verstandene Toleranz» sei kein Platz. Wer wiederholt aufgegriffen werde, müsse bis zur Ausschaffung inhaftiert bleiben können. Das koste zwar zusätzliche Haftplätze, mache die Schweiz aber als Ziel für solche Personen unattraktiver.

SVP-Nationalrat Schmid geht einen Schritt weiter. Er will die Bewegungsfreiheit von kriminellen Asylsuchenden einschränken und fordert einen «kompletten Asylstopp» an der Grenze. **Wer aus sicheren Nachbarländern einreist, brauche unseren Schutz nicht.** Ein System mit offenen Grenzen funktioniere einfach nicht. «Wenn wir die Grenzen offen haben und für jeden Markt in diesem Land mit Betonklötzen schützen müssen, stimmt offenkundig etwas nicht mehr.»

Bei einem Punkt herrscht unter den Befragten jedoch weitgehend Einigkeit: Straffällige Asylsuchende müssten schneller ausgeschafft werden. «Wer keinen Anspruch auf Schutz hat oder unsere Bevölkerung gefährdet, muss die Schweiz verlassen. Nicht irgendwann, sondern sofort», sagt FDP-Ständerat Damian Müller.

Dass dafür das heutige 24-Stunden-Verfahren allein nicht ausreicht, sehen alle befragten Politiker ähnlich. Müller spricht von einer «Mogelpackung», wenn auf ein schnelles Asylverfahren «monatelanges Warten auf die Rückführung» folge.

Bei der Zusammenarbeit mit den Maghrebstaaten zeigen sich die Politiker erstaunlich einig: Diese funktioniere nämlich grundsätzlich gut. Für GLP-Ständerätin Moser ist das entscheidend, wenn mehr Menschen zurückgeführt werden sollen. **Die Herkunftstaaten müssten bei den Papieren schliesslich mithelfen und ihre Staatsangehörigen zurücknehmen.** «Wir können ja niemanden ausschaffen, wenn das Land die Nationalität nicht bestätigt und die Person nicht zurücknimmt.»

Auch Schmid sieht die Maghrebstaaten in der Pflicht. «Diese Länder haben auch eine Mitverantwortung.» Wer bei Rückführungen nicht kooperiert, solle deshalb keine Entwicklungshilfe mehr erhalten. «Alles andere ist dumm und naiv.»

FDP-Ständerat Müller warnt dagegen vor zu viel Selbstlob. «Die Aussage, kaum ein Land sei bei Rückführungen so erfolgreich wie die Schweiz, ist Schönfärberei.» Entscheidend sei nicht die allgemeine Quote, sondern ob gerade jene Perso-



Pascal Schmid, SVP-Nationalrat.



Tiana Moser, GLP-Ständerätin.



Nicolò Paganini, Mitte-Nationalrat.



Damian Müller, FDP-Ständerat.

Profiteure und Leidtragende der kriminellen Maghreb-Migranten

Tunesiens Strände, Marokkos Städte, Algeriens Wüsten: Aus Touristensicht ist Nordafrika ein Paradies. Für viele Einheimische aber ist der Maghreb die Hölle. Sie wollen nichts wie weg aus der Misere, weg von der Korruption und weg von der Perspektivlosigkeit.

«Eure Gefängnisse sind so luxuriös. Wenn ich da keinen Job kriege, kann man bei euch prima klauen und dealen», erzählte Coiffeurlehrling Wajdi (17) in der tunesischen Hafenstadt Sfax vor einigen Monaten gegenüber Blick. Er ist nicht der Einzige, der so denkt. Lieber ein Schweizer Knast als die Perspektivlosigkeit der Heimat.

In der spanischen Exklave Ceuta im Norden Marokkos ein ähnliches Bild: Die Ausschaffungshaft in der Schweiz sei für ihn «wie Sommerferien» gewesen, erzählt der Marokkaner Adam (19). **Die Chancen für die Maghrebener, langfristig in der Schweiz bleiben zu können, sind sehr gering.** Dennoch reist ihr Strom nicht ab. Das liegt nicht nur an der persönlichen Perspektivlosigkeit. Zu viele

profitieren vom Elend der Menschen.

Profiteure #1: kriminelle Schlepperbanden

Neue Erhebungen der Uno schätzen, dass **Schlepperbanden aus Nordafrika allein mit den Überfahrten übers Mittelmeer** (der sogenannten «harka») **jährlich bis zu 370 Millionen Franken verdienen.** Verzeihung: Menschen bezahlen rund 2000 Franken für die lebensgefährliche Überfahrt auf den Schrottbooten – ein Mehrfaches des durchschnittlichen Jahressalärs in der Region.

Schlepper Mehdi (37) hatte Blick beim Interview in Sfax vor zwei Jahren seine Buchhaltung offengelegt: **Umgerechnet 75 000 Franken verdient er pro Saison (Juni bis August)** mit seinen fast ausschliesslich tunesischen Kunden. Mehdi selbst schätzt, dass allein im Grossraum Sfax rund 200 Schlepper wie er Menschen bei der Flucht nach Europa helfen und damit sehr gutes Geld verdienen.

Profiteure #2: die Maghreb-Regierungen

Nur schon die Rücküberweisungen, also das Geld, das die geflüchteten Bürger an ihre Verwandten in der Heimat schicken, sind für die Machthabenden in Rabat, Tunis und Algier ein Segen: **Die sogenannten Rimessen machen in Marokko 7,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus**, in Tunesien 6,3 und in Algerien 0,7 Prozent – offiziell.

Hinzu kommen alle möglichen Abkommen, die die Regierungen mit Europa für die Eindämmung der Migration aus ihren Ländern erhalten. Tunesien hat bislang am besten verhandelt: **2023 schloss Tunis einen Milliardendeal mit der EU ab** – und ergriff Massnahmen, um die Migrantenströme einzudämmen. Der Erfolg lässt auf sich warten. Die Gelder fliessen trotzdem. Ein gutes Geschäft.

Das sehen auch Algerien und Marokko. Der marokkanische König Mohammed VI. (63) steht im Verdacht, die

Massenmigrationswelle nach Ceuta Ende Juli auch deshalb goutiert zu haben, weil er Spanien und damit die EU unter Druck setzen will, einen ähnlich goldenen Migrationsdeal zu erhalten.

Profiteur #3: Europas Wirtschaft

Ganze Wirtschaftszweige – etwa das Gastrogewerbe oder die Landwirtschaft in Südeuropa – **profitieren von den oft illegalen Migranten, die zu Billigstlöhnen harte Arbeit verrichten.** Spaniens Regierung hat erst diesen Sommer 500 000 illegalen Arbeitern im Land Aussicht auf Papiere gegeben (mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge hatten sich auf die Aktion hin bei der Regierung gemeldet).

Und im süditalienischen Kalabrien warf diesen Juni die grausame Ermordung von vier illegalen Erntehelfern, die gegen ihre missliche Lage protestiert hatten, ein Licht auf die Schattenwirtschaft mit den



Blick-Reporter Samuel Schumacher (r.) im Gespräch mit Schlepper Mehdi in Sfax.

Migranten, von der wir letztlich alle profitieren.

Die Leidtragende: die Schweiz

Wo Gewinner sind, gibt es auch Verlierer. In diesem Fall unter anderem die Schweiz. Nach wie vor landen viele Migranten aus dem Maghreb hier. In den ersten sieben Monaten des Jahres haben 1945 Menschen aus Algerien, Marokko und Tunesien in der Schweiz Asyl beantragt. **Die Maghreb-Migranten machen fast ein Fünftel aller Asylbewerber aus**, obwohl sie kaum Chancen haben, aufgenommen zu werden. Nur 3,3 Prozent der Antragsteller aus Tunesien, 1 Prozent der Marokkaner und gar nur 0,6 Prozent der Algerier haben 2025 Asyl in der Schweiz erhalten.

Die Eidgenossenschaft bemüht sich nach Kräften, die Migration aus Nordafrika einzudämmen. **Bern hat mit Algerien (2006) und Tunesien (2012) mehr oder weniger funktionierende Rückübernahmeabkommen für abgewiesene Asylanter unterzeichnet** und im April 2025 immerhin schon mal einen «Immigration Liaison Officer» nach Marokko entsandt – also einen Beamten, der sich vor Ort um konkrete Lösungen des Migrationsproblems kümmern soll.

Eines der grossen Probleme: 80,5 Prozent der Maghreb-Asylsuchenden begingen 2024 in der Schweiz mutmasslich Straftaten. Die Schockzahlen über kriminelle Maghrebener in der Schweiz dürften die Debatte erneut anfachen.

SAMUEL SCHUMACHER